

Roland Claus

- (A) Zukunft zu gestalten. Die Koalition und die Bundesregierung haben sich aber anders entschieden. Sie beschließen rückwärtsgewandten Murks, zum großen Teil ohne Not, aber eben Murks. Ich möchte das mit drei Fakten belegen:

Erstens. Es gibt zwei besonders gut laufende Förderprogramme des Bundes, nämlich das zur **CO₂-Gebäudeanierung** und das zur **Städtebauförderung**. In meiner Kreisstadt, in Naumburg, sind täglich Hunderte, wenn nicht Tausende Touristen, die sich das Ergebnis ansehen können. Ich als Ostdeutscher bin froh darüber und dankbar dafür, dass wir ein solches Ergebnis haben.

Was schlagen Sie mit dem Haushaltsentwurf vor? Bei den am besten laufenden Programmen, bei denen alles stimmt, nämlich Handwerksleistungen, Gewerke, Finanzierung und Bedarfe, bei denen alles funktioniert, sehen Sie eine Halbierung, eine Absenkung um 50 Prozent vor. Nun haben wir zwar ein Ergebnis von 50 Prozent plus, aber es ist noch immer wahr: Eine Regierung, die ihre besten Förderinstrumente aus der Hand gibt, macht eine Opposition fast sprachlos. Das ist Politik ohne jede Logik. Ich darf Ihnen sagen: Das hat schon einen Hauch von Spätberliner Dekadenz.

Sie haben Widerspruch aus allen gesellschaftlichen Bereichen erfahren. Es muss Ihnen doch zu denken geben, wenn Ortsvereine von Christlich-Sozialer Union, Sozialdemokratischer Partei und Linken Sie mit nahezu gleichen Texten bombardieren und sagen: So wollen wir das nicht hinnehmen. – Da muss doch bei Ihnen endlich einmal das Denken einsetzen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für besonders bemerkenswert hielten wir, dass die Kritik, die uns erreichte, eine gesellschaftspolitische Kritik war. Hier ist nicht betriebswirtschaftlich, wie sonst oft, argumentiert worden nach dem Motto: Hier gehen Arbeitsplätze flöten. – Auch das ist genannt worden. Aber die gesellschaftspolitische Kritik, die uns erreicht hat, hatte die klare Botschaft: Sie machen hier das Gemeinwesen kaputt. – Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn es auch in diesem Parlament Kräfte gibt, die sich dem ausdrücklich widersetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein zweiter Fakt. Wir reden in der Tat über den größten **Investitionsetat**. Ja, Sie investieren viel, aber in der Regel falsch. Sie investieren viel und gerne in überteuerte Prestigeprojekte statt in die Ertüchtigung einer flächendeckenden Infrastruktur. Sie hängen einer inzwischen überlebten Metropolendominanz nach. Ihre Metropolenpolitik passt in keiner Weise mit einer Politik für ländliche Räume, sofern Sie sie überhaupt haben, zusammen. Ihre Ideen von vorgestern werden heute in Beton gegossen. Sie sind – entgegen eigenen besseren Erkenntnissen – nicht in der Lage, in der Bau- und Verkehrspolitik Lern- und Korrekturfähigkeit an den Tag zu legen. Schließlich tragen Sie mit Ihrer verfehlten Steuer- und Finanzpolitik dazu bei, dass die Kommunen immer investitionsunfähig

ger werden. Das alles beweist eines: Sie können nicht mit Geld umgehen, und schon gar nicht mit viel Geld. (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mein dritter Punkt. Der **Erfahrungsvorsprung im Osten** liegt leider brach und wird auch in diesem Etat nicht aufgenommen. Ich hätte mir von einem Bauminister einmal eine richtige Idee gewünscht, nämlich dass Herr Minister Ramsauer sagt: Wir haben eine miserable Situation in der Kinderbetreuung im Westen, im Osten ist sie viel besser. Ich trage von der Bau- und Infrastrukturseite dazu bei, dass wir die Kinderbetreuung im Westen wenigstens auf Ostniveau bringen. – Das wäre einmal eine Idee gewesen, Herr Ramsauer!

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist schon gesagt worden, dass das sogenannte Sparpaket Bürgerinnen und Bürger im Osten doppelt so hoch belastet. Es gibt viele andere Beispiele: Statt die Vorzüge fließender Flüsse als Nutzen zu begreifen, wollen Sie für fast 100 Millionen Euro in den nächsten Jahren auch die Saale ausbauen und betonieren.

Ein letzter Punkt: Zu Ihrem Etat gehören auch alle Bundesbauten in Berlin. Nun hätte ich mir gewünscht, dass Sie für den **Umzug der noch in Bonn ansässigen Teile der Bundesregierung** etatmäßig Vorsorge treffen. Ich denke, zu einem geeinten Deutschland gehört auch eine geeinte Bundesregierung.

(Florian Pronold [SPD]: Das wird unter Schwarz-Gelb nie klappen!)

- (D) Ich erinnere daran: Fast die Hälfte der Beamten sitzt noch in Bonn. Deswegen sind wir für einen Komplettumzug. Eines können wir Ihnen sagen: Keinem Bonner wird es danach schlechter gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Winterstein für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt 2011 ist der erste Sparhaushalt, mit dem die Koalition einen wichtigen Schritt in Richtung Einhaltung der Schuldenbremse bis zum Jahr 2016 geht.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das ist kein Sparhaushalt!)

Der Einzelplan 12 spielt bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen eine wichtige Rolle. Zum einen muss dieser Etat wie alle anderen einen Beitrag zu den Sparmaßnahmen leisten; zum anderen leistet der Einzelplan 12 als größter Investitionshaushalt auch einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftsaufschwung. Der Koalition ist es gelungen, diese beiden Aspekte miteinander in Ein-

Dr. Claudia Winterstein

- (A) klang zu bringen; denn auf der einen Seite werden die Ausgaben im Einzelplan 12 um 1 Milliarde Euro gesenkt, und auf der anderen Seite werden wir trotz allem in der Lage sein, weiter in unsere Verkehrswege zu investieren und sie auf dem gleichen Niveau zu halten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Fast 10 Milliarden Euro wird der Bund im nächsten Jahr in Autobahnen, Bundesstraßen, Schienenwege und Wasserstraßen investieren. Das ist die gleiche Summe wie vor der Krise. Man muss aber sagen: Angesichts wachsender Verkehrszahlen brauchen wir mehr Mittel für Investitionen, zum Beispiel eben auch für die Autobahnen. Im Bundesverkehrswegeplan ist allein unter dem Vordringlichen Bedarf der Ausbau von 2 200 Kilometern Autobahn von 2001 bis 2015 vorgesehen. Ende 2009 waren davon gerade einmal 570 Kilometer umgesetzt. So geht das ganz sicher nicht weiter.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Ja, das stimmt!)

Jeder Autofahrer ärgert sich, wenn er während der Arbeit oder auf dem Weg nach Hause wieder einmal im Stau steht. Allein 2009 wurden insgesamt 140 000 Staus auf den Autobahnen gemeldet. Das bedeutet nicht nur wirtschaftliche Verluste, sondern das schadet auch Mensch und Umwelt. An denen liegt ja auch Ihnen viel.

Die Koalition will deswegen bei der Finanzierung der Fernstraßen neue Wege gehen. Es geht um die zielgerichtete Verwendung der **Lkw-Maut** und die künftige Rolle der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft, kurz VIFG genannt.

- (B) In einem ersten Schritt beenden wir mit diesem Haushalt die undurchsichtige Verteilung der Mittel aus der Lkw-Maut. Das sind insgesamt 4,6 Milliarden Euro. Wir weisen alle Mauteinnahmen der Straße zu, nach dem Motto: Straße finanziert Straße. Durch diese Maßnahmen wird die Akzeptanz der Maut bei denjenigen erhöht, die sie bezahlen müssen; denn sie nehmen besser wahr, wofür die Mittel überhaupt verwendet werden.

(Lachen des Abg. Dr. Anton Hofreiter
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Mautgelder, die bisher in die Bereiche Schiene und Wasserstraße geflossen sind, werden durch Steuermittel ersetzt, sodass alle Verkehrsträger auf dem gleichen Niveau weiter finanziert werden können.

In einem zweiten Schritt wollen wir dann die direkte Zuweisung der Mautmittel an die VIFG erreichen, die darüber hinaus in begrenztem Maße Kredite aufnehmen soll, um mehr Mittel für den Aus- und Neubau der Fernstraßen zur Verfügung stellen zu können.

Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung eines solchen Modells gibt es noch offene Fragen, etwa das Risiko der schwankenden Mauthöhe oder die Kontrollmöglichkeiten durch das Parlament. Hier laufen noch Gespräche zwischen dem Parlament und der VIFG.

Darüber hinaus bietet die Neuordnung der Infrastrukturfinanzierung natürlich auch die Chance, die vorhandenen Mittel effektiver einzusetzen, zum Beispiel um Prioritäten bei der Erneuerung festzulegen. Wir wollen,

- dass die Arbeit auf den Baustellen schneller abgeschlossen wird, der Verkehr besser fließt und alle weniger im Stau stehen. Ich glaube, das ist in unser aller Sinne. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich möchte nun noch auf zwei wichtige Punkte eingehen, und zwar zunächst auf das Thema **Städtebauförderung**. Dieses Thema war eben schon angesprochen worden. Im aktuellen Haushaltsjahr 2010 stellt der Bund laut der Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern 534 Millionen Euro zur Verfügung. Hinzu kommt einmalig die Summe von 80 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket in diesem Jahr. Der Entwurf der Regierung für 2011 sah im Bereich Städtebau vor, 305 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. In den parlamentarischen Beratungen haben wir dann entschieden, diesen Beitrag auf 455 Millionen Euro aufzustocken. Das sind im Prinzip 121 Millionen Euro weniger, als bisher zur Verfügung standen. Von einer radikalen Halbierung kann also überhaupt nicht die Rede sein. Man kann auch in keiner Weise behaupten, dass Programme gestrichen würden. Die Programme, die begonnen worden sind, sind durchfinanziert und werden auch ganz ordnungsgemäß beendet. Nur neue Programme können nicht in der vollen Höhe, sondern mit 121 Millionen Euro weniger begonnen werden.

Da ich speziell auf das Thema „**Soziale Stadt**“ angesprochen worden bin, will ich dazu sagen: Städtebauförderung bedeutet Investitionen. Man muss schon darauf achtgeben, dass diese Mittel für den richtigen Zweck verwendet werden.

(Florian Pronold [SPD]: Waren Sie einmal bei einem Projekt „Soziale Stadt“ und haben sich das angeschaut? Nur einmal?) (D)

Insofern haben wir den Schwerpunkt gerade in diesem Jahr auf Investitionen gesetzt. Die Projekte „Soziale Stadt“ werden wir weiterhin finanzieren.

(Florian Pronold [SPD]: Wovon denn?)

Wir haben in den Titel auch dafür Gelder eingestellt. Wir haben keinen Titel gestrichen;

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

wir haben ihn nur nicht so hoch angesetzt wie bisher. Aber mein Kollege Sebastian Körber wird zum Thema Städtebau nachher noch zu Ihnen sprechen und, wie ich denke, darauf noch näher eingehen.

(Abg. Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Abg. Johannes Kahrs [SPD] melden sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Kollegin Winterstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Nein. Ich möchte jetzt noch ganz schnell etwas zum Transrapid sagen, weil mir das sehr am Herzen liegt.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Claudia Winterstein

- (A) Immer wieder wurde als Argument für den Weiterbetrieb der Strecke im Emsland die Wahrung der Vermarktungschancen des **Transrapid** in der ganzen Welt genannt. Brasilien, USA, Türkei, neuerdings auch Teneriffa –

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Teneriffa?)

die Liste ist lang. 40 Jahre lang haben wir den Versuch unternommen, den Transrapid zu verkaufen. Man muss sagen, dass dies bisher nicht gelungen ist. Insofern liegt uns an einer abschließenden Lösung. Ich bin daher froh, dass wir nun einen realistischen Plan für die Nachnutzung der Anlage entwickeln. Die Verantwortung für die Anlage soll im Jahr 2011 auf den Landkreis Emsland übergehen. Gemeinsam mit interessierten Unternehmern soll dort dann Forschung zur Elektromobilität durchgeführt werden. So stützen wir weiterhin innovative Technik in einer strukturschwachen Region.

Mit der Übertragung der Verantwortung geht auch die Verpflichtung zum Rückbau der Anlage auf den Kreis Emsland über. Der Bund stellt im Haushalt 2011 die erste Rate von 6 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt werden es 40 Millionen Euro sein.

Meine Damen und Herren, wir haben es uns mit unseren Entscheidungen im Einzelplan 12 nicht leicht gemacht

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Winterstein, achten Sie bitte auf die Zeit.

(B)

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

– ja, ich komme zum Schluss –; denn wir mussten unter dem Zwang der Haushaltskonsolidierung unbequeme und sicher auch unpopuläre, aber eben auch notwendige Entscheidungen treffen. Wir haben nicht – wie alle Vorgängerregierungen – einfach die Ausgaben erhöht. Wir haben uns entschieden, einen ganz soliden Haushalt vorzulegen

(Zuruf von der SPD: Lieber Gott!)

und trotzdem Sorge dafür zu tragen, dass es weiterhin Wachstum in Deutschland gibt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Kahrs das Wort.

Johannes Kahrs (SPD):

Frau Dr. Winterstein, Sie haben eben, als Sie über die „Soziale Stadt“ gesprochen haben, gesagt, dass es dafür noch einen Titel gibt

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]:
28 Millionen!)

und Sie dafür entsprechend Geld reserviert haben.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]:
28 Millionen!)

(C) Wenn man sich das anguckt, stellt man fest, dass der Gesamtetat in diesem Bereich generell abgesenkt ist. Bei der „Sozialen Stadt“ sind noch 28 520 000 Euro übrig geblieben. Wir hatten einmal deutlich mehr. Ich erinnere an die Anträge im Haushaltsausschuss. Die gingen von 100 Millionen Euro für diesen Bereich aus.

Obwohl Sie das schon deutlich abgesenkt haben, haben Sie noch einen eigenen Antrag beschlossen.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Weiß ich!)

An den möchte ich Sie erinnern. In diesem Antrag von CDU/CSU und FDP steht:

Der Haushaltsausschuss fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, dass die Fördermittel für den Programmteil „Soziale Stadt“ ... weit überwiegend für investive Maßnahmen eingesetzt werden.

(Dr. Claudia Winterstein [FDP]: Genau!)

Das heißt: Erst kürzen Sie, dann streichen Sie das, was für den Zweck vorgesehen ist, und dann verhindern Sie auch noch mit den entsprechenden Vermerken, dass Gelder, die innerhalb der Titel verschoben werden oder als Minderausgaben ausgewiesen sind, für das Programm „Soziale Stadt“ ausgegeben werden. Das heißt, Sie haben diesen Etat zuerst deutlich abgesenkt. Dann haben Sie verhindert, dass anderes Geld hineinfließen kann, und dann haben Sie dafür gesorgt, dass ein Großteil des Geldes für Steine ausgegeben wird statt für die soziale Arbeit, die eigentlich gewollt ist. Das ist infam.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort.

Dr. Claudia Winterstein (FDP):

Herr Kollege Kahrs, ich habe vorhin schon versucht, das kurz zu erklären.

(Florian Pronold [SPD]: Das hat nicht geholfen! Das kann man nicht erklären!)

Zum einen ist es völlig richtig: Es gibt auch weiterhin Mittel für die „Soziale Stadt“ – Sie haben es eben selber gesagt –, nämlich 28 Millionen Euro. Insofern sind die Mittel nicht gestrichen worden.

Zum anderen haben Sie bemängelt, dass die Deckungsfähigkeit gestrichen worden ist. Das lässt vielleicht den Schluss zu, dass, wie Sie auch gesagt haben, relativ häufig Mittel aus anderen Bereichen in das Programm „Soziale Stadt“ geflossen sind.

Ich habe vorhin gesagt: Unser Schwerpunkt liegt ganz klar darin, investive Maßnahmen zu finanzieren. Von daher möchten wir ganz bewusst, dass mit den in dem Titel vorgesehenen 28 Millionen Euro weiterhin Projekte im Programm „Soziale Stadt“ durchgeführt werden können, dass aber die anderen Mittel ganz klar für investive Maßnahmen verwendet werden.

Dr. Claudia Winterstein

- (A) (Iris Gleicke [SPD]: Das ist doch lächerlich!
Das ist faktisch ein Stopp!)

Wir haben noch andere wichtige Bereiche, nämlich die Städtebauförderung West und Ost. Das ist Ihnen bekannt; Sie kennen die entsprechenden Titel. Ich glaube, das sind gerade aufgrund der demografischen Entwicklung wichtige Aufgaben, für die im Städteumbau viel Geld benötigt wird. Im Stadtumbau ist aber auch etwas von der sozialen Stadt enthalten. Denn wenn man eine Stadt umbaut, dann spielt dabei selbstverständlich auch das Thema „Soziale Stadt“ eine Rolle.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sören Bartol [SPD]: Wir haben es nicht verstanden, Frau Kollegin!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Hofreiter hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Kalb, wir sind uns grundsätzlich einig, dass in einem modernen Industrieland mit arbeitsteiliger Beschäftigung und einem hohen Exportanteil die Verkehrsinfrastruktur von entscheidender und grundsätzlicher Bedeutung für den Wohlstand dieses Landes ist. Umso unverständlicher ist das, was Sie machen.

- (B) Was machen Sie, wenn sogar die Grünen 600 Millionen Euro mehr für den Straßenunterhalt ausgeben wollen, weil die Straßen, wie wir alle wissen, in einem schlechten Zustand sind und Brückenbauwerke zum Teil schon längst hätten saniert werden müssen? Sie lehnen es ab. Sie lehnen es einfach ab und sagen: Dafür brauchen wir nichts; wir bauen lieber neu.

Was machen Sie stattdessen mit dem Geld? Stattdessen setzen Sie das Geld ein, um eine ganze Reihe von Neubaumaßnahmen durchzuführen. Diese Neubaumaßnahmen haben aber nicht die richtige Wirkung; denn Sie bauen vor allem Umgehungsstraßen in Bereichen ohne volkswirtschaftliche Wirkung aus. Sie beseitigen nicht die Engpässe und lassen das vorhandene Straßennetz weiter verfallen. Das ist dem Wirtschaftsstandort gegenüber skandalös.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Was die Straßeninfrastruktur und die Gleisinfrastruktur bei den Neubauten angeht, haben Sie zugebenermaßen nicht das Geld bekommen, das Sie sich gewünscht haben. Insofern will ich Sie nicht kritisieren. Noch keine Regierung hat das erforderliche Geld zur Verfügung gestellt. Zwar gab es unter Rot-Grün mehr Geld für Investitionen; aber angesichts von Haushaltsnöten ist es eben anders. Wenn ich aber so wenig Geld zur Verfügung habe, dann muss ich mich doch fragen, ob ich dieses Geld wirklich effizient einsetze. Setze ich das Geld mit Rücksicht auf die Trends ein, die weltweit zu erwarten sind? Berücksichtigen Sie in Ihren Ausbaumaßnahmen,

das Rohöl endlich ist und teurer wird? Nein, das berücksichtigen Sie nicht. Wovon gehen die jüngsten Gutachten, auf die Sie Ihre Investitionsplanung und damit die Ausgabe der Mittel beziehen, aus? Sie gehen von etwas ganz Ungewöhnlichem aus, nämlich davon, dass der **Rohölpreis** bis zum Jahre 2030 konstant sinkt und wir dann einen Rohölpreis von 60 Dollar haben. (C)

Halten Sie es auf der Basis solcher Daten für glaubwürdig, dass dabei eine vernünftige Investitionsstrategie herauskommt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gibt es irgendjemanden hier im Haus, der seriös ist und glaubt, dass der Rohölpreis in den nächsten 20 Jahren regelmäßig sinken wird? Aufgrund einer solchen Planung wollen Sie das Geld der Steuerzahler ausgeben. Ist das seriös? Ist das sinnvoll?

Schauen wir uns an, was bei der **Schiene** passiert. Wir haben schon festgestellt: Beim Haushalt gibt es große Probleme. Die Bahn ist das zukunftsträchtigste Verkehrsmittel. Sie kommt problemlos ohne Rohöl voran, nämlich mit Elektrizität, und ist CO₂-arm. Was machen Sie mit der Schiene? Die Schiene überlassen Sie komplett der Haushaltsfinanzierung. Es gibt das schöne Schlagwort „Straße finanziert Straße“. Aber dabei ist überhaupt nicht verstanden worden, dass die Lkw-Maut keine reine Straßenbenutzungsgebühr ist, sondern dass es sich dabei um eine Logistikabgabe handelt. Moderne Logistik besteht nicht nur aus Straße, sondern aus einer sinnvollen und ideologiefreien Kombination aus Schiene, Straße, Wasserstraße und Seeschifffahrt, wo es nötig ist. Das muss man zusammendenken. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob die Mittel gleich blieben. Aber es gibt ein Problem: Die Mautmittel fließen zuverlässig, während die Haushaltsmittel den Launen des Finanzministers unterworfen sind. Das heißt, das zukunftsträchtigste Verkehrsmittel der Bundesrepublik unterwerfen Sie den Launen des Finanzministers, (D)

(Patrick Döring [FDP]: Das ist falsch! Das ist doch Quatsch! Die Schiene hat doch 400 Millionen Trassenentgelte!)

während Sie für eine zuverlässige Finanzierung des Verkehrsmittels sorgen, das den höchsten Modal-Split-Anteil hat. Das ist überhaupt nicht zukunftsträchtig.

(Abg. Bartholomäus Kalb [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Herr Kalb, Sie dürfen fragen.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, Entschuldigung.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie gestatten also die Zwischenfrage. – Bitte schön.

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Herr Kollege, darf ich Sie daran erinnern, dass bei der Einführung der Lkw-Maut die fachpolitischen Sprecher Ihrer Fraktion genauso wie die der SPD-Fraktion nach-